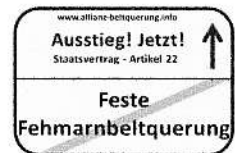




Im Namen aller Unterzeichner_innen
Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative Ratekau-wehrt-sich,
Jahnstraße 16, 23626 Ratekau



Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt v. 22.10.2014

**An
Herrn Verkehrsminister
Alexander Dobrindt
Invalidenstraße 44
10115 Berlin**

Ratekau, 22.10.2014

Petition gegen den Bau der Festen Fehmarnbeltquerung
Übergabe von 13.387 Unterschriften

Sehr geehrter Herr Minister Dobrindt,

hiermit wenden wir uns mit der Petition

**Kein Bau der festen Fehmarnbeltquerung.
Der Staatsvertrag mit Dänemark muss aufgehoben werden!**

an Sie als der für dieses Projekt verantwortliche Minister der Bundesrepublik
Deutschland.

Wir übergeben Ihnen hiermit unsere Petition mit 13.387 Unterschriften und fordern:

**Die Einhaltung von Artikel 22 des Staatsvertrags, nach dem Sie den
Vertragspartner Dänemark zur Neuverhandlung auffordern müssen, weil die
Kosten sich deutlich anders entwickelt haben, als zum Zeitpunkt der
Vertragsverhandlungen angenommen.
Ziel dieser Neuverhandlungen muss die Aufhebung des Staatsvertrages sein.**

Wir erwarten im Namen der Unterzeichner_innen dieser Petition, dass Sie Ihre
Amtspflicht gemäß Ihrem Amtseid, und damit Ihrer Verpflichtung gegenüber dem Volk,
nachkommen.



Im Namen aller Unterzeichner_innen
Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative Ratekau-wehrt-sich,
Jahnstraße 16, 23626 Ratekau



Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt v. 22.10.2014

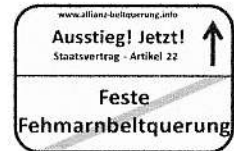
Wir fordern außerdem:

- Eine aktuelle Berechnung der Kosten des Baues der **Festen Fehmarnbeltquerung** durch den Bundesrechnungshof oder einer entsprechenden europäischen Behörde. Auch wenn die Kosten für den Bau der Querung von Dänemark getragen werden, ist dies ein durch die EU gefördertes Projekt und der deutsche Steuerzahler in erheblichem Maß daran beteiligt.
- Eine aktuelle **Verkehrsbedarfsanalyse** unter Berücksichtigung des weiterhin bestehenden Fährverkehrs zwischen Puttgarden und Rödby, der existierenden festen Schienen- / Straßenanbindung mit Dänemark sowie der ebenfalls existierenden Fährverbindung zwischen Rostock und Gedser.
- Eine aktuelle Überprüfung der Kosten für die deutsche **Hinterlandanbindung** (durch den Bundesrechnungshof). Die ursprünglich geplanten 890 Mio. Euro für den Ausbau der Verkehrswege auf der deutschen Seite, als sogenannte Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung, waren Grundlage des Staatsvertrages. Diese Zahlen sind, wie es mittlerweile auch aus dem Bundesverkehrsministerium zu hören ist, nicht mehr zutreffend. Eine aktualisierte Neuberechnung ist dringend erforderlich, denn es wurden z. B. die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen nur unzureichend berücksichtigt, die durch die Trassenverlegung zu bauenden 55 neuen Bahnkilometer nicht einberechnet und auch die Kosten für eine neue Querung des Fehmarnsunds außen vor gelassen.
- Eine umfassende Berechnung und Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Folgekosten die u. a. durch gesundheitsschädigenden Lärm, Rückgang der Urlaubszahlen wegen Lärms und Ostseever Verschmutzung, sowie daraus resultierende Arbeitsplatzverluste und Immobilienwertverlust an Güterbahngleisen entstehen.

Für eine korrekte Betrachtung der Kosten für ein Projekt müssen all diese Faktoren einberechnet werden. Vor allem aber ist es notwendig, angesichts der Finanz-, Euro-, Bankenkrise der vergangenen Jahre, aktuelle Zahlen zur Berechnung heranzuziehen. Die Notwendigkeit für ein Projekt, die im Jahr 2014 mit Zahlen aus dem Jahr 2002 bestätigt wird, ist nicht seriös nachgewiesen und damit dem Bürger gegenüber nicht zu verantworten.



Im Namen aller Unterzeichner_innen
Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative Ratekau-wehrt-sich,
Jahnstraße 16, 23626 Ratekau



Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt v. 22.10.2014

Die Datengrundlagen, die 2009 zur Unterzeichnung des Vertrages geführt haben, waren zu der Zeit schon überholt. Weil sich die heutige Situation grundlegend anders darstellt, vor allem hinsichtlich der Kosten, ist eine Situation eingetreten, die die Berücksichtigung des Artikel 22 des Staatsvertrages erfordert.

Der Staatsvertrag muss mit dem Vertragspartner Dänemark neu verhandelt werden. Alles andere wäre die Nichteinhaltung des Vertrages.

Alle laufenden Planungen müssen bis zum Ergebnis der Neuverhandlung eingestellt werden, damit nicht noch mehr europäisches Geld sinnlos vergeudet wird.

Stoppen Sie dieses ökonomisch wie ökologisch fragwürdige Projekt. Es gibt so viel Wichtigeres, für die das Geld besser einzusetzen ist.

Mit freundlichem Gruß

Kerstin Fischer,
Sprecherin BI Ratekau wehrt sich – keine Güterzüge durch unsere Gemeinde

Anlagen: Unterschriften weiterer Bürgerinitiativen und Vereine



Im Namen aller Unterzeichner_innen
Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative Ratekau-wehrt-sich,
Jahnstraße 16, 23626 Ratekau

Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt v. 22.10.2014



Christiane Schumann

Christiane Schumann,
Sprecherin BI Traverregion, Lübeck



Im Namen aller Unterzeichner_innen
Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative Ratekau-wehrt-sich
Jahnstraße 16, 23626 Ratekau



Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt v. 22.10.2011

Bärbel Jung-Hesse

Bärbel Jung-Hesse

für die Bürgerinitiative Pönitzer Seenplatte (BIPS), Scharbeutz



Im Namen aller Unterzeichner_innen
Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative Ratekau-wehrt-sich,
Jahnstraße 16, 23626 Ratekau



Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt v. 22.10.2014

Susanne Brelowski

Susanne Brelowski,
Sprecherin Allianz gegen eine Feste Fehmarnbeltquerung
Vorsitzende BI HoB e.V.



Im Namen aller Unterzeichner_innen
Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative Ratekau-wehrt-sich,
Jahnstraße 16, 23626 Ratekau

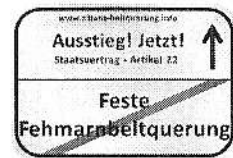


Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt v. 22.10.2014

.....
Michael Dietz,
Vorsitzender KGBV-Lübecker-Bucht, Scharbeutz



Im Namen aller Unterzeichner_innen
Kerstin Fischer, Sprecherin der Bürgerinitiative Ratekau-wehrt-sich,
Jahnstraße 16, 23626 Ratekau



Schreiben an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt v. 22.10.2014

Jochen Kuschinske,

Vorsitzender VeSUW, Verein zum Schutz von Umwelt und Wohnqualität e.V., Lübeck